



# Reaktionen der Bevölkerung zu Veröffentlichungen über Chruschtschow

22. Oktober 1964

3. Einzelinformation Nr. 933/64 über die Reaktion der Bevölkerung zu den Veröffentlichungen in unserer Presse hinsichtlich der Entbindung des Genossen Chruschtschow von seinen Funktionen

## Quelle

BStU, MfS, ZAIG 957, Bl. 16–24 (7. Expl.).

## Serie

Informationen.

## Verteiler

Ulbricht, Honecker, Norden KGB Karlshorst – MfS: Wolf, Ablage.

## Vermerk

Handschriftlich über dem Verteiler: »siehe auch 916 + 933«; im Verteiler hinter dem Namen Nordens: »?/Minister«.

## Bemerkungen

Nach Postausgangsbuch ist kein Exemplar an Albert Norden verschickt worden.

## Verweise

Informationen [916/64](#) und [919/64](#).

Nach den dem MfS vorliegenden Informationen schwächt sich die Diskussion der Bevölkerung der DDR zur Entbindung des Genossen Chruschtschow von seinen Funktionen etwas ab. Trotzdem ist insgesamt noch ein breites Interesse aller Schichten der Bevölkerung der DDR vorhanden, sodass zum Teil die ebenfalls stark diskutierten Ereignisse um die Olympiade in Tokio im Hintergrund bleiben.<sup>1</sup>

Die Diskussionen werden von der Bevölkerung zum überwiegenden Teil mit den gleichen Argumenten geführt wie in den vorherigen Informationen bereits dargelegt. Dabei nehmen die Spekulationen über die »wahren Gründe« der Entbindung des Genossen Chruschtschow von seinen Funktionen den weitaus größten Raum ein. Es ist einzuschätzen, dass in allen Bezirken der DDR und im demokratischen Berlin seit der Veröffentlichung der TASS-Mitteilung<sup>2</sup> ein merkliches Ansteigen des Einflusses der westlichen Rundfunk- und Fernsehstationen zu verzeichnen ist, da sich ein großer Teil der Bevölkerung der DDR durch Abhören der NATO-Sender über Einzelheiten der Funktionsentbindung des Genossen Chruschtschow zu informieren beabsichtigt. Westliche »Argumente« spiegeln sich deshalb sehr häufig in den Diskussionen der Bevölkerung der DDR wider. Mehrfach wird auch ganz offen gegenüber den Diskussionspartnern betont, dass die Informationen aus dem westlichen Rundfunk stammen. (Dabei bilden auch Mitglieder der SED keine Ausnahme). In einigen Fällen wurden Westsender sogar während der Arbeitszeit abgehört, ohne dass von Vorgesetzten dagegen eingeschritten wurde (z. B. im Zentralinstitut für Kernforschung Rossendorf, [Bezirk] Dresden).

Die Veröffentlichung des Leitartikels der »Prawda«<sup>3</sup> sowie des Kommuniqués des Politbüros des ZK der SED<sup>4</sup> wurde – so geht aus einer Reihe Informationen hervor – mit Interesse von der Bevölkerung aufgenommen, wobei festgestellt wurde, dass die Veröffentlichungen auch bei sonst indifferenten und desinteressierten Personen Beachtung fanden. Trotzdem haben die Diskussionen zu diesen letzten Veröffentlichungen keinen außerordentlich breiten Rahmen eingenommen.

Während in einem großen Teil der vorliegenden Berichte eingeschätzt wird, dass die Veröffentlichung des Leitartikels der »Prawda« und des Kommuniqués des Politbüros des ZK der SED einen ruhigeren und sachlichen Verlauf der Argumentation der Bevölkerung bewirkt habe und die Heftigkeit der geführten Diskussionen zurückgegangen ist, wird in einer Reihe anderer Einschätzungen hervorgehoben, dass mehrfach Vergleiche zwischen dem Inhalt der jüngsten Veröffentlichungen und der TASS-Erklärung vom 15.10.1964 angestellt werden.<sup>5</sup>

Dabei wird in der Formulierung des Kommuniqués, »dass sich Genosse Chruschtschow offensichtlich seinen Aufgaben nicht mehr gewachsen gezeigt habe«, eine Bestätigung für die weit verbreitete und oft geäußerte Vermutung gesehen, dass die Entbindung des Genossen Chruschtschow von seinen Funktionen andere Gründe haben müsse als Alter und Krankheit.<sup>6</sup> Die allgemeine Überraschung der Bevölkerung der DDR über die Plötzlichkeit der »Ablösung« des Genossen Chruschtschow von seinen Funktionen sei jedoch auch nach den jüngsten Veröffentlichungen noch nicht abgeklungen.

Wiederholt wird versucht, zwischen der TASS-Erklärung vom 15.10.1964 und den jüngsten Veröffentlichungen einen Widerspruch zu konstruieren. Es wird argumentiert, mit den ersten Veröffentlichungen sei die Bevölkerung lediglich verwirrt und vollkommen im Unklaren gelassen worden, wobei auch Gesprächspartner in ihren Äußerungen mitunter so weit gehen, die Veröffentlichungen von TASS als »Volksverdummung« zu bezeichnen.

Kritisiert wird, dass auch im Leitartikel der »Prawda« sowie im Kommuniqué des Politbüros der SED keine konkreten Einzelheiten zu den vom Genossen Chruschtschow verursachten »politischen Fehlern« angegeben werden. Lediglich »zwischen den Zeilen« des »Prawda«-Artikels könne man einiges vermuten, wobei die Formulierungen über Subjektivismus, persönliche Entscheidungen usw. auf die Person des Genossen Chruschtschow bezogen werden.<sup>7</sup> Daraus sei zu entnehmen – so wird mehrfach argumentiert –, dass auch Genosse Chruschtschow nach Stalin dem Personenkult verfallen gewesen sei.

In diesem Zusammenhang tritt sehr häufig das Argument in Erscheinung, wieso es in der Führung der KPdSU möglich gewesen sei, dass Genosse Chruschtschow in diese Fehler in seiner politischen Führungstätigkeit – von denen angenommen wird, dass sie nicht erst in jüngster Zeit aufgetreten seien – verfallen konnte, obwohl in der Öffentlichkeit stets betont wurde, dass in der KPdSU eine einheitliche und kollektive Leitung bestünde. Wäre dies wirklich an dem gewesen, hätten schwerwiegende Fehler des Genossen Chruschtschow angeblich früher erkannt und im Kollektiv beseitigt werden müssen, sodass es durch gegenseitige Einflussnahme zu keiner »Ablösung« hätte kommen dürfen. Unter diesem Gesichtspunkt wird des Öfteren in Argumenten der Bevölkerung der DDR – darunter auch von Genossen – eine einheitliche kollektive Leitung der KPdSU angezweifelt.

In wiederholten Fällen wird die Frage gestellt, warum sowohl im Leitartikel als auch in den Reden der Genossen Breshnew<sup>8</sup> und Kossygin<sup>9</sup> während des Empfangs der drei Kosmonauten in Moskau<sup>10</sup> betont wurde, dass an der Leninschen Linie und an den Beschlüssen des letzten Parteitagess der KPdSU festgehalten würde.<sup>11</sup> Man müsse daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass Genosse Chruschtschow diese Linie in seiner politischen Führungsarbeit verlassen hatte und somit in gleiche oder ähnliche Fehler verfallen sei wie Stalin.

Weit verbreitet – auch unter Mitgliedern der SED – ist die Auffassung und Folgerung, dass diesen jüngsten Veröffentlichungen weitere ausführlichere Informationen folgen müssten. Dabei wird betont, dass die Bevölkerung ein »Recht« auf solche Informationen habe, da ihr auch durch unsere Partei jahrelang Genosse Chruschtschow als »Vorbild« und »bester Freund des deutschen Volkes« vorgestellt worden sei und sich Genosse Chruschtschow durch sein Verhalten, sein Auftreten und seine positiven politischen Entscheidungen große Sympathien erworben habe. Man könne von der Bevölkerung nicht verlangen – so wird mehrfach argumentiert –, dass die ihre Ansichten über einen so bedeutenden und verehrten Politiker wie Genossen Chruschtschow von einem zum anderen Tag ändere. Aus mehreren Hinweisen wird bekannt, dass die Forderungen der KP Italiens und Österreichs auf Veröffentlichung der Ursachen der »Ablösung« des Genossen Chruschtschow unterstützt werden. (Dabei wird wieder offensichtlich, dass die NATO-Sender einen bestimmten Einfluss auf unsere Bürger geltend machen.)<sup>12</sup>

Als positiv zur Veröffentlichung des Kommuniqués des Politbüros des ZK der SED wird mehrfach herausgestellt, es sei anzuerkennen, dass von »Verdiensten des Genossen Chruschtschow« gesprochen und die Arbeit des Genossen Chruschtschow gewürdigt würde. Eine solche »Methode«, wonach leitenden Genossen zwar jahrelang Erfolge zugebilligt werden müssten, sie aber nach dem geringsten Straucheln verurteilt und ohne Anerkennung früherer Leistungen »in den Ruhestand« versetzt würden, sei abzulehnen. Mit diesen und ähnlichen Äußerungen distanzieren sich auch weiterhin größere Bevölkerungsteile von der »Form« der Funktionsentbindung des Genossen Chruschtschow. Im Gegensatz zu dem Teil der Bevölkerung der DDR, der sich über die im Kommuniqué des Politbüros des ZK der SED erfolgte Würdigung der Verdienste des Genossen Chruschtschow zufrieden äußert, bringt ein nicht unbeträchtlicher anderer Teil der Bevölkerung zum Ausdruck, dass mit der Formulierung »auch« Verdienste eine Herabwürdigung der tatsächlich vom Genossen Chruschtschow geleisteten Arbeit erfolgt sei.<sup>13</sup> Dabei wird verurteilt, dass noch wenige Tage vorher Genosse Chruschtschow als großer »Held« und »Vorbild« gefeiert worden sei, im Kommuniqué jedoch durch die Beifügung »auch« eine Einschränkung der bisherigen Veröffentlichungen erfolgt sei. Vereinzelt wird – durch westliche Rundfunkmeldungen inspiriert – darauf verwiesen, dass z. B. die ČSSR und die VR Polen in ihren Veröffentlichungen die Verdienste des Genossen Chruschtschow in würdigerer Form hervorgehoben hätten, nachdem dessen »Ablösung« bereits bekannt gewesen sei. Aus den unterschiedlichen Veröffentlichungen und Reaktionen der einzelnen Führungen der kommunistischen Parteien sowohl in den sozialistischen als auch in den kapitalistischen Ländern – so wird in einigen Äußerungen geschlussfolgert – könnten sich weitere Spannungen und Meinungsverschiedenheiten zwischen den Sekretären und Führungskollektiven dieser Parteien ergeben. Insgesamt ist festzustellen, dass ein großer Teil der DDR-Bevölkerung die bisherigen Veröffentlichungen als noch nicht befriedigend betrachtet und bereits in kürzester Zeit mit näheren Informationen rechnet.

Aus mehreren Informationen geht hervor, dass sich auch Mitglieder der SED unwillig und unzufrieden zu den bisherigen Veröffentlichungen äußern. Sie erklären mehrfach, infolge der ungenügenden Informationen ließe sich die Partei die »Argumente« vom Gegner aufzwingen, da größere Bevölkerungsteile aus Interesse an Einzelheiten die Propagandalinie der NATO-Sender aufgreifen und als »zuverlässige« Tatsachen weiterverbreiten würden. (Einige Mitglieder der SED äußerten sogar die Ansicht, sie seien gezwungen, auch Westsender zu hören, um den »Argumenten« nicht überraschend und unvorbereitet im Betrieb wieder zu begegnen.) Mehrfach stehen Mitglieder der SED diesen »Argumenten« ratlos gegenüber, verhalten sich unsicher und vorsichtig in ihren Formulierungen, um sich – wie sie meinen – später nicht revidieren zu müssen. In einigen Fällen ist bei Mitgliedern der SED eine gewisse Resignation festzustellen, die sich ihrer Meinung nach daraus ergibt, dass sie früher in Diskussionen oder in Referaten den Genossen Chruschtschow als Vorbild herausgestellt haben, jetzt aber wahrscheinlich ihre Meinung ändern müssten. In Parteileitungen und bei Funktionären der SED mehren sich in den letzten Tagen die Anfragen bzw. direkte Forderungen nach konkreten Informationen, um entsprechende Gegenargumente zu erhalten. In Einzelfällen wurden Bilder des Genossen Chruschtschow entfernt.

Nach der Veröffentlichung der Reden der Genossen Breshnew und Kossygin während des Empfangs der sowjetischen Kosmonauten in Moskau<sup>14</sup> ist in der Stimmung der Bevölkerung – allerdings zunächst in geringem Umfang – eine Anerkennung der Persönlichkeiten der Genossen Breshnew und Kossygin festzustellen. Es wird betont, dass es sich offensichtlich bei beiden Genossen um erfahrene und langjährige Führungskader handele, wobei hervorgehoben wird, dass Genosse Breshnew lange Jahre an der Seite des Genossen Chruschtschow gearbeitet und dessen politische Linie vertreten habe. Die Ausführungen der beiden Genossen ließen eine Änderung der sowjetischen Außenpolitik nicht vermuten und würden den Anschein erwecken, dass an der Politik der friedlichen Koexistenz festgehalten werde. Eingeschränkt wird, dass die Praxis trotzdem erst abgewartet werden müsse. Argumente, wonach die Rückkehr auf den »Stalinschen Kurs« durch Genossen Breshnew und insbesondere durch Genossen Kossygin – den man mehrfach als Anhänger und langjährigen Mitarbeiter Stalins bezeichnet – befürchtet wird, sind trotzdem im geringen Umfang weiterhin vorhanden. Es mehren sich aber auch solche Argumente, in denen die Funktionsteilung in der SU begrüßt und betont wird, dass es sich bei beiden Genossen im Gegensatz zum Genossen Chruschtschow um wissenschaftlich ausgebildete Kader handele, von denen eine sachlichere und umsichtiger Leitung erwartet wird. Außerdem sei durch die Teilung der Funktionen des 1. Sekretärs des ZK der KPdSU und des Vorsitzenden des Ministerrates von vornherein die Entwicklung einer »Machtposition« und somit des Personenkults ausgeschaltet.

Einen verhältnismäßig großen Umfang nehmen weiterhin – mehrfach durch das Abhören der Westsender angeregt – Spekulationen über die »wahren« Ursachen der »Ablösung« des Genossen Chruschtschow und über die sich daraus möglicherweise ergebenden Auswirkungen ein. Neben den bereits bekannten und in unseren ersten Informationen erwähnten Spekulationen, die in ihrem Inhalt auch heute noch gleiche Tendenzen aufweisen, werden in geringerem Umfang weiter folgende neue Richtungen diskutiert:

- Genossen Chruschtschow werde eine gewisse »Prahlsucht«, »Selbstherrlichkeit« und »Eigenmächtigkeit« bei wichtigen politischen Entscheidungen vorgeworfen; er habe sich in vielen Fällen in den Vordergrund gespielt, ohne dass es sich um seine persönlichen Verdienste gehandelt habe. Bei den unpassendsten Gelegenheiten habe er Äußerungen von politischer Tragweite gemacht, die im Kollektiv nicht abgesprochen gewesen und als undiplomatisch einzuschätzen waren (u. a. habe für die Reise seines Schwiegersohnes Adshubej<sup>15</sup> und seine beabsichtigte Reise nach Westdeutschland<sup>16</sup> kein kollektiver Beschluss vorgelegen).
- Genosse Chruschtschow wird eine gewisse Verwandtschaftspolitik und »Vetternwirtschaft« vorgeworfen. Er habe versucht, dem ZK der KPdSU eine »Familienpolitik« aufzuzwingen. (Mehrfach wird in diesem Zusammenhang erwähnt, dass diese Eigenschaften des Genossen Chruschtschow bei Bestehen einer kollektiven Leitung der KPdSU hätten früher aufgedeckt und verhindert werden müssen.)
- In der Haltung gegen China und Albanien – teilweise wird in der Aufzählung auch die VR Rumänien mit angeführt – müsse seitens der KP und der kommunistischen Parteien eine Revidierung erfolgen, da die Auslegung der Politik dieser Länder durch Genossen Chruschtschow »hart« und »unsachlich« gewesen sei.<sup>17</sup> (Es wird vereinzelt versucht, die Politik Chinas zu rechtfertigen, da China nach der Zündung der ersten Atombombe<sup>18</sup> erklärt habe, nicht als erstes Land die Atombombe einsetzen zu wollen. Diese Erklärung Chinas stehe im Gegensatz zu den bisher über China veröffentlichten Informationen.)<sup>19</sup>
- Durch Genossen Chruschtschow seien schwere politische Fehler in der Haltung gegenüber den Lateinamerikanischen Ländern geduldet worden. In Zukunft würde eine stärkere Unterstützung dieser Länder erfolgen, um den Einfluss Chinas zurückzudrängen.
- Durch Verausgabung umfangreicher Mittel für die Neulandgewinnung<sup>20</sup> in der SU und für die Raumschiffahrt sei der Lebensstandard der Bevölkerung der SU gesunken und insbesondere in der Landwirtschaft ein Stillstand eingetreten. (Mehrfach der notwendige Getreideeinkauf der SU in den USA erwähnt.)
- Es wird vermutet, dass sich die »Ablösung« des Genossen Chruschtschow negativ auf die Wahlen in den USA<sup>21</sup> auswirken wird. Da im Allgemeinen ein »härterer Kurs« seitens der SU erwartet werde, sei es möglich, dass die amerikanischen Bürger auch einen »härteren Mann« nämlich Goldwater<sup>22</sup> – wählen würden.
- Wiederholt wird von DDR-Bürgern, aber auch von Bürgern Westberlins und Westdeutschlands, eine negative Auswirkung auf das Passierscheinabkommen<sup>23</sup> und auf die Freizügigkeit der Rentnerbesuche<sup>24</sup> in Westdeutschland und Westberlin erwartet.

Neben diesen Spekulationen spielen in den letzten Tagen Gerüchte im stärkeren Umfang eine Rolle. Sie lassen sich in folgenden Tendenzen zusammenfassen:

- Die »Ablösung« des Genossen Chruschtschow sei in seiner Abwesenheit während seines Urlaubs erfolgt. In diesem Zusammenhang wird ei »Staatsstreich« vermutet.
- Genosse Chruschtschow sei verhaftet worden bzw. über seinen Verbleib sei in der SU nichts bekannt.
- Der Schwiegersohn des Genossen Chruschtschow, Genosse Adshubej, sei ebenfalls verhaftet. Genosse Adshubej sei in das westliche Auslar geflohen.
- Weitere »Ablösungen« führender Persönlichkeiten und Minister der SU stünden bevor.
- In Moskau sei es infolge der »Ablösung« des Genossen Chruschtschow zu Studentenkrawallen gekommen.

1

Die Spiele der XVIII. Olympiade fanden vom 10. bis 24.10.1964 in Tokio statt. Am 16.10.1964 vermeldete das »Neue Deutschland« den Gewinn von vier Silbermedaillen für die DDR: Ingrid Engel-Krämer im Turmspringen, Frank Wiegand im 400 m Freistilschwimmen in Europarekordzeit, Dieter Lindner im 20 km Gehen und Achim Hill im Rudereiner. Am 17. wurde an derselben Stelle über die Silbermedaille der gesamtdeutschen Männer-Lagenstaffel berichtet, am 18. der Europarekord der Damen-Lagenstaffel, am 19. die zweite Silbermedaille für Frank Wiegand (in der Freistilstaffel) und der Einzug der DDR-Fußballer ins Halbfinale, am 20.10. die Goldmedaille für Karin Balzer im 80 m-Hürdenlauf und die Silbermedaille für Ingrid Lotz im Diskuswurf und am 21.10. die Silbermedaille für Renate Garisch im Kugelstoßen.

2

Am 16.10.1964 druckte das »Neue Deutschland« die 15-Zeilenmeldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS ab, dass Chruschtschow »auf eigene Bitte seiner Obliegenheiten entbunden« wurde. ND v. 16.10.1964, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/ergebnisanzeige/?purl=SNP2532889X-19641016-0-1-5-0> (26.1.2017).

3

Vgl. Die unerschütterliche Leninsche Generallinie der KPdSU. Leitartikel der heutigen »Prawda«. In: ND v. 17.10.1964, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/ergebnisanzeige/?purl=SNP2532889X-19641017-0-1-7-0> (26.1.2017).

4

Vgl. Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: ND v. 18.10.1964, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/ergebnisanzeige/?purl=SNP2532889X-19641018-0-1-18-0> (26.1.2017).

5

Der Leitartikel der »Prawda« geht mit keinem einzigen Wort auf Chruschtschow ein. Er singt das Hohelied der vollkommenen Übereinstimmung von Sowjetvolk und Partei und der kollektiven Führung, wobei der Verweis auf die »strikte Einhaltung des Prinzips der Kollektivität der Leitung« wahrscheinlich die einzige auf die Ablösung Chruschtschows applizierbare Information war.

6

Das Kommuniqué des Politbüros der SED hält die »tiefe Bewegung in unserer Partei und in unserem Volke« fest, die die Ablösung Chruschtschows ausgelöst habe und bescheinigt ihm immerhin »Verdienste«. Sie interpretiert die Motivation des KPdSU-Beschlusses dahingehend, dass er »von dem tiefen Verantwortungsbewusstsein erfüllt« und »offensichtlich deshalb gefasst« worden sei, »weil sich Genosse N. S. Chruschtschow seinen Aufgaben nicht mehr gewachsen gezeigt« habe. Darüber hinausgehende Deutungen des Moskauer Spruches oder gar Nachfragen an die Adresse seiner Urheber versagt sich das Politbüro der SED, weil »volles Vertrauen zum Leninschen Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion« bestünde.

7

»Die Leninsche Partei ist Feind des Subjektivismus und des Selbstlaufs im kommunistischen Aufbau.« – Die unerschütterliche Leninsche Generallinie. In: ND v. 17.10.1964, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/ergebnisanzeige/?purl=SNP2532889X-19641017-0-1-7-0> (26.1.2017).

8

Leonid Breschnew, Jg. 1906, Politiker, 1952 Mitglied des ZK der KPdSU, 1957 Mitglied des Politbüros, 1960 – Juni 1964 Vorsitzender des Obersten Sowjets der UdSSR, 1952–53, 1957–60 und ab 1963 Sekretär des ZK, seit 14.10.1964 Erster Sekretär, ab 1966 Generalsekretär des ZK der KPdSU.

9

Alexej Kossygin, Jg. 1904, Politiker, 1927 KPdSU, 1939 Mitglied des ZK, 1943 Ministerpräsident der RSFSR, 1940–64 stellv. Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, resp. des Ministerrates der UdSSR, 1948–52 und ab 1960 Mitglied des Politbüros, 1964–80 Ministerpräsident der UdSSR.

10

Am 20.10.1964 wurden die drei Besatzungsmitglieder des Raumschiffes »Woschod 1« auf dem Moskauer Roten Platz empfangen. Das DDR-Fernsehen übertrug das Ereignis live. Vgl. ND v. 19.10.1964, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/ergebnisanzeige/?purl=SNP2532889X-19641019-0-1-114-0> (26.1.2017).

11

Vgl. Moskau rief 2 – 3 – Prachtkerle. In: ND v. 20.10.1964, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/ergebnisanzeige/?purl=SNP2532889X-19641020-0-1-6-0> (26.1.2017).

12

Informationen über diese Forderungen kommunistischer Parteien Westeuropas wurden in Medien der DDR nicht verbreitet.

13

»Es ist bekannt, dass auch Genosse N. S. Chruschtschow bei der Durchführung der vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ausgearbeiteten marxistisch-leninistischen Politik Verdienste hat.« Communiqué des Politbüros. In: ND v. 18.10.1964. Die implizite Differenz zum »Prawda«-Leitartikel, der die Verdienste ausschließlich der KPdSU, ihrer kollektiven Führung und dem Volk zuschreibt, ist deutlich.

14

Vgl. Breshnew, Leonid: Immer fester wird bei uns die wunderbare Legierung Wissenschaft – Kommunismus. In: ND v. 20.10.1964, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/ergebnisanzeige/?purl=SNP2532889X-19641020-0-3-125-0> (26.1.2017); Unser Ziel liegt nicht mehr in kosmischer Ferne. Aus der Ansprache des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, Alexei Kossygin, auf dem Empfang für die Kosmonauten. In: ND v. 20.10.1964, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/ergebnisanzeige/?purl=SNP2532889X-19641020-0-3-38-0> (26.1.2017).

15

Alexej I. Adshubej, Jg. 1924, 1959–64 Chefredakteur der sowjetischen Regierungszeitung »Iswestija«. Außenpolitischer Berater Chruschtschows. Seit 1949 mit Chruschtschows Tochter Rada verheiratet. Adshubej wurde noch auf demselben ZK-Plenum als Chefredakteur der »Iswestija« entlassen.

16

Am 27.7.1964 fand ein Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow statt, bei dem ein Gespräch Erhards mit dem Chefredakteur der sowjetischen Regierungszeitung »Izwestija« und Schwiegersohn Chruschtschows, Alexej Adshubej, ohne die Anwesenheit des sowjetischen Botschafters besprochen wurde. In diesem Gespräch wurde auch die Möglichkeit eines Besuchs Chruschtschows in Bonn angesprochen. Vgl. AAPD, 1964, S. 879–883; vgl. Kosthorst, Daniel: Sowjetische Geheimpolitik in Deutschland? Chruschtschow und die Adshubej-Mission 1964. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 44(1996)2, S. 257–293

17

Seit Juni 1963 war aus innen- und außenpolitischen Differenzen in der Politik der kommunistischen Parteien Chinas und der Sowjetunion eine offene politische Polemik geworden (Brief der KP Chinas an die KPdSU »Vorschlag der Kommunistischen Partei Chinas zur generellen Linie der internationalen kommunistischen Bewegung«), die 1966 zum Abbruch der Beziehungen zwischen beiden Parteien führte und zur weltweiten Spaltung des Kommunismus in einen moskautreuen und einen maoistischen Flügel.

18

China zündete seine erste eigene Atombombe am Tage zuvor, dem 16.10.1964 in der Provinz Xinjiang, womit es das am 10.10.1963 in Kraft getretene, von China aber nicht unterzeichnete Teststoppabkommen brüskierte.

19

Das »Neue Deutschland« beschuldigte China, sich mit »diesem Atombombenversuch [...] über die weltweiten Forderungen nach Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen brüsk hinweggesetzt« zu haben und »eine direkte Schützenhilfe für die nach dem Mitverfügungsrecht über diese Waffen strebenden Bonner Revanchisten« zu leisten. ND v. 17.10.1964.

20

Auf dem Februar/März-Plenum des ZK der KPdSU 1954 initiierte die sowjetische Führung eine Kampagne zur »Erschließung von Neu- und Brachland« für die Erhöhung der Agrarproduktion in den südsibirischen und kasachischen Steppengebieten.

21

Die 45. Präsidentschaftswahlen der USA fanden am 4.11.1964 statt. Lyndon B. Johnson, der das Amt nach der Ermordung Kennedys 1963 übernommen hatte, wurde mit 61 % der Stimmen und 486 gegen 52 Wahlmännerstimmen wiedergewählt.

22

Barry Goldwater, Jg. 1909, Politiker, 1953–65 und 1969–87 Senator für Arizona, kandidierte 1964 für die Republikanische Partei für das Amt des Präsidenten der USA.

23

Zwischen der Regierung der DDR und dem Senat von Westberlin wurde erstmals am 17.12.1963 eine Vereinbarung über die Ausgabe von Passierscheinen für Bürgerinnen und Bürger mit dem ständigen Wohnsitz in Westberlin für den Besuch des Ostsektors der Stadt für den Zeitraum vom 19.12.1963 bis zum 5.1.1964 getroffen. Das 2. Passierscheinabkommen wurde nach mehrmonatigen Verhandlungen am 24.9.1964 unterzeichnet und vereinbarte Besuche für zwei Wochenenden Ende Oktober/Anfang November sowie über Weihnachten und Neujahr 1964/65. Allerdings erlaubte das Passierscheinabkommen ihnen zwar den Besuch im Osten, den Ostberlinerinnen und Ostberlinern blieb der Weg nach Westen aber auch weiterhin versperrt. Vgl. Alisch, Steffen: Berlin ↔ Berlin. Die Verhandlungen zwischen Beauftragten des

Berliner Senats und Vertretern der DDR-Regierung zu Reise- und humanitären Fragen 1961–1972. Berlin 2000 (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat; 31/2000); Huhn, Eckart: Die Passierscheinvereinbarungen des Berliner Senats mit der Regierung der DDR 1963 bis 1966. Deutsch-Deutsche Verhandlungen zur Überwindung der politischen Sprachlosigkeit und der Milderung menschlicher Härten als Folge des Mauerbaus. Ludwigsfelde 2011; Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989. Berlin 1999 (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin).

24

Vgl. den Beschluss des DDR-Ministerrates über die privaten Besuchsreisen von Bürgern der DDR im Rentenalter nach Westdeutschland und Westberlin v. 8.9.1964; BArch DC 20-I/4/1015; Mitteilung über einen Beschluß der Regierung der DDR. In: ND v. 10.9.1964, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/ergebnisanzeige/?purl=SNP2532889X-19640910-0-1-10-0> (26.1.2017); vgl. DzD, IV. Reihe, Bd. 10, S. 963; vgl. auch Information 11/65.